



PROJEKT „ÜBERGANGSMANAGEMENT SCHULE / BERUF IN HANNOVER (HÜM)“

INHALT

- I. AUSGANGSLAGE UND ZIELGRUPPE
- II. ENTWICKLUNGSBEDARFE UND
INNOVATIONSFELDER (SCHWERPUNKTSETZUNGEN)
- III. ZIELE
- IV. UMSETZUNG
 - a) STEUERUNGSGRUPPE
 - b) PROJEKTBEGLEITER/INNEN
 - c) NETZWERK DER AKTEURE UND
PROJEKTPARTNER
 - d) VEREINBARUNGEN UND KOOPERATIONEN
 - e) EVALUATION

ANLAGE
BEISPIELHAFTE AUFFÜHRUNG DER
ANGEBOTSBAUSTEINE

I. AUSGANGSLAGE UND ZIELGRUPPE

Die Lenkungsgruppe (LG) „Jugend und Bildung“ hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die Leitfrage formuliert: „Was kann die Landeshauptstadt Hannover dazu beitragen, damit alle Schulabgänger/innen aus Hannover einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten?“. Dazu hat die LG beschlossen, dass ein hannoversches Übergangssystem zu entwickeln ist, das Handlungsperspektiven für junge Menschen auf dem Weg von der Schule in den Beruf aufzeigt. Hierzu ist ein Zielsystem zu entwickeln, das unter Einbeziehung der Vielzahl der Akteure in diesem Bereich verbindliche, qualitative Maßstäbe definiert. Dazu wurde der Runde Tisch „Übergang Schule/Beruf“ eingerichtet. Durch aktuelle Erlassänderungen trägt die Landesregierung zur Intensivierung der Berufsorientierung an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen bei. Die Aufstockung der Praxistage und die Änderungen in den Stundentafeln ermöglichen den weiterführenden Schulen eine enge Kooperation mit berufsbildenden Schulen und somit die Erhöhung praxisbezogener Lerninhalte. Außerdem soll die Berufsorientierung nicht primär im Bereich des Arbeit- und Wirtschaftsunterrichts erfolgen, vielmehr soll sie in allen Unterrichtsfächern themenbezogen stattfinden.

Für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in Erwerbsarbeit gilt in Deutschland eine Berufsausbildung als Mindestvoraussetzung. Grundsätzlich ist zwar auch ein Einstieg in ungelernete Arbeit (ohne vorherige Berufsausbildung) möglich, doch dieser Weg ist mit hohen Risiken verbunden. Außerdem besteht in Deutschland in den kommenden Jahren aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung in den Geburtsjahrgängen ab 1990 und des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge der 50er Jahre ein großer Bedarf an jungen Fachkräften.

Volkswirtschaftlich ist somit angeraten, das Potenzial an Schulabsolventen voll auszuschöpfen und den Anteil derer, die ungelernete bleiben, möglichst gering zu halten. Die Berufsausbildung ist individuell ein wichtiger Schritt für den erfolgreichen Eintritt in das Berufsleben und ein besserer Schutz vor Arbeitslosigkeit. Gesamtgesellschaftlich bedeutet es eine Investition in die Zukunft, wenn das Qualifizierungspotenzial der jungen Generation möglichst umfassend ausgeschöpft wird.

Es reicht nicht mehr aus, einfach nur gute Berufsorientierung oder berufsbezogene Jugendsozialarbeit anzubieten. Vielmehr muss der Prozess des Berufsstarts künftig gesteuert und koordiniert werden, wenn erfolgreiche Übergänge auch für Jugendliche mit schwierigen Startchancen gelingen sollen. Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen zu initiieren, um bereits im Vorfeld und während der Schulzeit positive Verhaltensänderungen herbeizuführen. Dies kann nur in enger Abstimmung mit allen Beteiligten geschehen. Dazu gehören neben den betroffenen Kindern und Jugendlichen u. a. die Eltern, die Schulleitung,

die Lehrer/innen und - soweit vorhanden - bereits eingeschaltete Sozialarbeiter/innen sowie andere (Dienst-) Stellen.

Trotz starker Nachfrage von Seiten der Jugendlichen bleiben jedes Jahr zahlreiche Ausbildungsstellen unbesetzt. Der Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsplätzen schwankt zwischen 10 und 20 Prozent (bundesweit) - mit zum Teil steigender Tendenz. Die Betriebe nennen überwiegend mangelndes Leistungsvermögen und fehlende Motivation der Jugendlichen als Gründe dafür, dass sie keinen passenden Bewerber finden konnten. Dabei haben vor allem kleinere und mittlere Betriebe Schwierigkeiten. Bei den Branchen sind insbesondere das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen wie zum Beispiel die Reinigungs- und Körperpflegebranche oder die Entsorgungswirtschaft betroffen.¹

Die Tatsache, dass einerseits vorhandene Ausbildungsplätze bei den Betrieben nicht besetzt werden können und andererseits ca. 10% der Schulabgänger/innen nicht in den Ersten Arbeitsmarkt einmünden und ein Großteil zunächst in das Schulberufssystem oder andere berufsvorbereitende Maßnahmen wechseln, machen die Notwendigkeit eines koordinierten Übergangsmanagements für die Abgänger/innen aus allen Schulformen deutlich. Das Fehlen dieses systematischen Übergangsmanagements führt zu Orientierungslosigkeit und dazu, dass sich die Jugendlichen in endlosen Bildungsgängen und Qualifizierungsschritten wiederfinden.

In der Landeshauptstadt Hannover gibt es eine Vielzahl von Akteuren, Projekten und Maßnahmen, die zu einem Gelingen der beruflichen Integration der Schulabgängerinnen und Schulabgänger beitragen können. Es fehlt jedoch an deren struktureller Abstimmung und Ausrichtung. Die dadurch entstehende Unübersichtlichkeit sorgt bei jungen Leuten eher für Verwirrung als für Orientierung; eine klare berufliche Entwicklung wird dadurch nicht gefördert. Vor diesem Hintergrund ist die Installierung eines Übergangsmanagements mit dem Ziel der Koordinierung und Netzwerkerrichtung sowie der Ressourcenbündelung zwingend erforderlich, von der sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die agierenden Akteure profitieren. Eine bedarfsgerechte, migranten- und geschlechtersensible Optimierung des Übergangs unter stärkerem Einbezug der ortsansässigen Wirtschaft ist notwendig.

Für junge Menschen mit Migrationshintergrund dient die erfolgreiche Vermittlung in den Ausbildungsmarkt als Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche Integration. Gerade in den Haupt- und Förderschulen der Landeshauptstadt Hannover ist der Anteil von

¹ Pressemitteilung 33/2009 vom 24.09.2009 des BIBB

Schulkindern aus Migrantenfamilien höher als an den anderen weiterführenden Schulen. Bei der Betrachtung der Schulabschlüsse wird deutlich: Je niedriger der Schulabschluss ist, desto höher ist der Anteil der Ausländer gegenüber den Deutschen. Der höchste Anteil von Ausländern ist bei den Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss zu finden.² Insbesondere für diese jungen Menschen sind gut aufeinander abgestimmte Unterstützungssysteme notwendig.

In Niedersachsen werden zurzeit gesetzliche Änderungen vorbereitet, wonach sich zukünftig die Schulformen in unterschiedlicher Ausprägung der Thematik der Berufsorientierung stärker als bisher zuwenden müssen. Diese Pflichtaufgabe der Schulen wird durch das Übergangsmanagement unterstützt; die Schulleitungen sind in das Übergangsmanagement eingebunden und an der Erarbeitung und Umsetzung eines tragfähigen Konzeptes intensiv beteiligt. Zur Verstärkung der Berufsorientierung in den Schulunterricht wird den Schulen eine Hilfestellung gegeben. Der Dokumentationspflicht der Maßnahmen, die im Rahmen einer Berufsorientierung von jedem einzelnen Schüler/ jeder einzelnen Schülerin erforderlich ist, wird durch den verbindlich einzuführenden Konzeptbaustein „Berufswahlpass“ nachgekommen.

II. ENTWICKLUNGSBEDARFE UND INNOVATIONSFELDER (SCHWERPUNKTSETZUNGEN)

Ein ganz beachtlicher Teil von Jugendlichen aus der weiterführenden Schule geht nicht in die duale Ausbildung über, sondern mündet in vielfältigen berufsvorbereitenden Maßnahmen, in das Schulberufssystem oder in prekäre Arbeitsverhältnisse. Dies ist verbunden mit beachtlichen gesellschaftlichen Folgekosten. Darüber hinaus besteht nach wie vor das Phänomen, dass das Berufswahlspektrum sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen auf eine sehr eingegrenzte Zahl bestimmter Ausbildungsberufe in bestimmten Branchen eingeschränkt ist. Dies weist auf nur unzureichende Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt der Jugendlichen selbst, aber auch der Bezugspersonen wie Eltern und Lehrer/innen, hin. Die Gestaltung von Lebensübergängen ist der wohl wichtigste Ansatzpunkt, um die Bildungsbeteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner zu erhöhen und daraus auch einen Qualitätsvorsprung für aktive Städte und Kreise im Wettbewerb der Standorte zu entwickeln. Da sich Übergänge heute häufiger als Umbrüche, Sprünge, Umwege, Rückwege oder Abkürzungen vollziehen, werden vermehrt Konzepte zur Orientierung sowie miteinander verzahnte Begleitungs- und Beratungsangebote gefordert.

² Quelle: Kommunale Bildungslandschaft in der Landeshauptstadt Hannover, Stand Mai 2009

Internationale Erhebungen wie PISA (Programme for International Student Assessment) und TIMSS (Third International Mathematics and Science Study) zeigen außerdem, dass es Schülerinnen und Schülern in Deutschland an ausreichender Problemlösefähigkeit und echten Handlungskompetenzen mangelt. Diese Schlüsselfähigkeiten sind aber neben der Teamfähigkeit wichtige Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in die Arbeitswelt.

In den 54 weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Hannover mit ca. 30.000 Schülerinnen und Schülern ist eine unter diesen Rahmenbedingungen zu entwickelnde systematische Integration der Berufsorientierung in den Unterricht und den schulischen Alltag zwingend erforderlich, um einen ganz wesentlichen Beitrag zur Erhöhung ihrer Berufswahlkompetenz und somit ihrer individuellen Förderung zu leisten. Eine solche pädagogische Konzeption zur Berufsorientierung bedeutet in der Konsequenz weitreichende Folgen für den schulischen Alltag und die schulische Praxis. Sie erfordert strukturelle Neuerungen, die gewährleisten müssen, dass Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf den Übergang von der Schule in die Berufswelt vorbereitet werden können.

Im Rahmen des Lokalen Integrationsplanes der Landeshauptstadt Hannover wurden wichtige Handlungsansätze formuliert. Ein besonderer Schwerpunkt wird insbesondere bei der lebenspraktischen Bildung und der Berufsorientierung im Sekundarbereich darauf gelegt, gerade Mädchen und jungen Frauen (aber auch Jungen und jungen Männern) mit Migrationshintergrund Alternativen zu den geschlechterorientierten, klassischen Lebens- und Berufsvorstellungen aufzuzeigen und einen Zugang zu alternativen Möglichkeiten zu erleichtern. Dieser Handlungsansatz wird im Übergangsmanagement umgesetzt.

Mit einem im Übergangsmanagement Schule / Beruf festgelegten Angebot werden folgende Anforderungen erfüllt und geregelt:

- Gewährleistung kontinuierlicher Steuerung und Begleitung des Berufswahlorientierungsprozesses
- Bündelung der bisherigen Kooperationen und Aktivitäten
- Systematisierung der Kooperationen und Aktivitäten
- Vereinbarungen einheitlicher Standards

Der Schwerpunkt der Arbeit soll dabei zunächst auf die Zielgruppe der Jahrgangsstufen 7 bis 10 gelegt werden. Aufgrund des besonderen Förderbedarfs von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen im Rahmen des Übergangsmanagements spezielle Angebote

für diese Zielgruppe (weiter-)entwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen wird intensiviert und verstetigt, um u. a. auch die Teilhabe der Migranteneltern am Berufswahlprozess der Jugendlichen zu optimieren und den unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Zusätzlich werden Kooperationen mit ortsansässigen Betrieben aufgebaut, die insbesondere Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund bereitstellen und damit auch zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hannover beitragen. Bereits während der Schulzeit sollen Schülerinnen und Schüler die Qualifikationen erwerben, die sie für die Einstellung in diesen Unternehmen benötigen.

Unter Zugrundelegung des seit Herbst 2005 eingeleiteten Umsetzungsprozesses innerhalb der Landeshauptstadt Hannover zur Implementierung von Gender Mainstreaming unterstützt das Übergangsmanagement die geschlechtergerechten Berufswahlprozesse.

Unter Berücksichtigung der schulspezifischen Rahmenbedingungen soll das Konzept zum Übergangsmanagement in Hannover verbindlich an allen allgemeinbildenden weiterführenden Schulen (allen Schulformen) eingeführt und umgesetzt werden.

III. ZIELE

Dieses Konzept dient dazu, die Chancen von jungen Menschen in Hannover deutlich zu verbessern und ihnen ein Förderangebot aus einer Hand anzubieten. Der Übergang von der Schule in den Beruf soll im Sinne der Nachhaltigkeit zur dauerhaften Einrichtung an hannoverschen Schulen werden. Eine besondere Rolle soll dazu perspektivisch die Einbindung des hannoverschen Übergangsmanagements Schule / Beruf in die Profile aller Schulen spielen.

Ziel des Übergangsmanagement ist die Hebung der Qualität der Schulabgänger/innen durch präventive Arbeit im Übergangsbereich. In der Sekundarstufe I soll eine (verbesserte) Ausbildungsreife für alle Jugendlichen erreicht werden. Die Reduktion der Anzahl der Jugendlichen in Warteschleifen durch passgenaues Schnittstellenmanagement nach der Sekundarstufe I wird angestrebt. Die präventive Arbeit in Kooperation mit den Schulen in der Sekundarstufe I nimmt den Hauptteil des Übergangsmanagements ein. Sie konzentriert sich auf die Herstellung und Festigung einer effektiven Kommunikationsstruktur mit den Schulen und auf die Umsetzung bestimmter Maßnahmen, die als Beispiele guter Praxis in die Fläche gebracht und zum Standard in der Berufswahlvorbereitung der Schulen werden sollen.

Die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in Hannover und bei den kooperierenden Partnern vollzieht sich nach einem einheitlichen System der Förderung und des begleitenden Übergangsmanagements.

Alle Jugendlichen werden auf der Grundlage ihrer Potenziale individuell gefördert.

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die einen Schulabschluss erreichen, soll erhöht werden.

Jugendliche mit Migrationshintergrund werden insbesondere an Haupt- und Förderschulen bedarfsgerechte Angebote erhalten.

Alle Jugendlichen erhalten in der Schule einen qualifizierten Einblick in die beruflichen Bildungsmöglichkeiten.

Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer werden in den Berufsfindungsprozess stärker eingebunden.

Die Berufsorientierung berücksichtigt die Erkenntnisse über das geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten und fördert das Aufbrechen geschlechtsspezifischer Berufswahlmuster.

Die Passgenauigkeit bei der Berufswahl wird durch früh einsetzende Berufsorientierung erhöht.

Unter Einbeziehung der jeweiligen Projektbegleiter/innen wird an jeder Schule ein auf die Schule abgestimmtes Konzept erarbeitet, das den vereinheitlichten Grundsätzen entspricht.

III. UMSETZUNG (s. GRAFIK, S. 11)

Die Umsetzung des HÜM soll auf drei Kernelementen basieren:

- a) Steuerungsgruppe, die die Arbeit insbesondere im Hinblick auf die Bedarfe, die Qualität und die Frage der Nachhaltigkeit steuert,
- b) Projektbegleiterinnen und -begleiter; die Unterstützungsstruktur für die Schulen,
- c) Netzwerk der Akteure und Projektpartner,

und zusätzlich nachfolgende Punkte beinhalten

- d) Vereinbarungen und Kooperationen
- e) Evaluation

a) Steuerungsgruppe

Die Koordination des Gesamtprojektes für alle beteiligten Schulen erfolgt im Fachbereich Bibliothek und Schule (OE 42S) des Kultur- und Schuldezernats der Landeshauptstadt Hannover. Hier findet auch in Absprache mit einer einzusetzenden Steuerungsgruppe die lokale Abstimmung von Programmen, Maßnahmen und Arbeitsansätzen (s. "Angebotsbausteine") statt. Diese sind anschließend mit den für die Schulen zuständigen, noch einzustellenden Projektbegleitern rückzukoppeln. Die Arbeit in der Steuerungsgruppe dient dazu, eine fortlaufende Qualitätssicherung und eine strategische Begleitung im Interesse aller Beteiligten zu gewährleisten. Die Steuerungsgruppe tagt regelmäßig und wird u. a. besetzt durch Vertreter/innen der Bundesagentur für Arbeit, dem Land Niedersachsen, der IHK und HWK, der Region Hannover, Vertretern/innen der Landeshauptstadt Hannover sowie Vertreter/innen der einzelnen Schulformen.

b) Projektbegleiterinnen / Projektbegleiter

Die Projektbegleiter/innen haben die Aufgabe, die schulinterne Curricula zur Berufsorientierung zu koordinieren, öffentliche Unterstützungssysteme, laufende Projekte und Ressourcen in das schuleigene Netzwerk einzubinden, als verlässliche Ansprechpartner/innen für Netzwerkpartner und Betriebe und deren Ausbildungsverantwortliche zur Verfügung zu stehen und die Angebote der Schule mit

Betrieben sowie allen anderen Partnern der regionalen Netzwerke der beruflichen Qualifizierung zu koordinieren.

Die Projektbegleiterin / der Projektbegleiter übernimmt eine zentrale Funktion bei

- der Entwicklung oder Fortschreibung des schulinternen Curriculums zur Berufsorientierung (Schulkonzept);
- der Planung von Unterrichtsreihen zur Verbesserung der kommunikativen Kompetenzen der Schüler/innen in ihren Praktika;
- der Planung von Bewerbungstrainings unter Einbeziehung und Beteiligung externer Anbieter (vgl. z. B. Anlage 1 „Angebotsbausteine“)
- der Einbindung öffentlicher Unterstützungssysteme und Ressourcen (z.B. Jugendsozialarbeit, Job-Coaches etc.) in das schuleigene Netzwerk;
- Koordination / Kooperation mit Netzwerken anderer Schulen;
- Koordination der Angebote der Schulen mit Betrieben sowie allen anderen Partnern der regionalen Netzwerke zur beruflichen Qualifizierung.

Sie/Er ist für die Organisation der Berufsorientierung und für deren Einhaltung und Durchführung im Rahmen des Schulprogramms verantwortlich.

Das Übergangsmanagement arbeitet an der Schnittstelle zwischen allgemeinbildender Schule, Berufsschule und Arbeitswelt und versucht, die internen Prozesse der verschiedenen Prozessbeteiligten individuell auf die Schülerin oder den Schüler abzustimmen und zu gestalten. Da für bestimmte Jugendliche individuelle Ansprechpartner/innen notwendig sind, koordinieren die Projektbegleiter/innen das Coaching in größeren Einheiten (Beteiligung / Einbeziehung städtischer Dienststellen, andere öffentliche Dienststellen, ehrenamtliche Berufspaten, etc.) die als Mentoren/innen den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

c) Das Netzwerk der Akteure und Projektpartner

Das Rahmenkonzept Übergang Schule – Beruf setzt auf die Einbeziehung, Fortschreibung und Weiterentwicklung evtl. bereits bestehender Angebote, Kooperationen und Erfahrungen, die an den Schulen in der Vergangenheit gesammelt werden konnten. Diese sind äußerst vielfältig, aber bislang nicht systematisiert und finden daher nur bei entsprechendem schulischem Engagement statt. Die Rückkopplung zum Unterricht ist nicht in allen Fällen ausreichend bzw. zufriedenstellend. Auch die unterschiedlichen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten tragen zur Unübersichtlichkeit des gesamten Systems bei.

In den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen werden die wichtigen Grundlagen geschaffen. Das Übergangsmanagement baut auf:

- umfassende Berufsorientierung und Berufsfindung, damit ein realistischer Beruf angestrebt werden kann,
- Aufarbeitung von schulischen Defiziten, z.B. in Mathematik und Allgemeinbildung,
- Verbesserung der sprachlichen Kompetenz (mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit und ggf. Spracherwerb bei Migranten/innen),
- Erwerb von berufsfachlichen Kompetenzen zur Verbesserung der Einstiegschancen,
- Erwerb von Schlüsselqualifikationen und methodischer Kompetenz zur nachhaltigen Integration auf dem Ausbildungsmarkt,
- Sozialpädagogische Betreuung und Beratung zur Bewusstmachung und Entfaltung der persönlichen Ressourcen (eigene Stärken erkennen),
- Stärkung der Motivation und des Durchhaltevermögens,
- Entwicklung eines beruflichen und persönlichen Ziels für jede Schülerin / jeden Schüler,
- Passgenaue Vermittlung in Praktika, die die Besonderheiten der Branche und der Betriebe berücksichtigt.

Besonderer Wert wird im Übergangsmanagement auf die Kooperation mit den regionalen Berufsbildenden Schulen gelegt. Hier sollen trotz unterschiedlicher Schulträgerschaft und Zuständigkeiten die Schülerinnen und Schüler von der Vielfalt individueller Angebote profitieren können.

Zur Umsetzung des Übergangsmanagements bedienen sich die Projektbegleiter/innen neben der Entwicklung neuer berufsorientierter Ansätze (z. B. eine Intensivierung der Elternarbeit) der bisherigen Angebote, die in unterschiedlicher Ausprägung und Laufzeit und zum Teil außerhalb des schulischen Alltags bislang stattgefunden haben, gehören u. a. die beispielhaft aufgeführten Maßnahmen / Projekte (s. Anlage 1, Beispielhafte Aufführung der Angebotsbausteine). Diese sind sehr vielfältig; es handelt sich um Kooperationen und Maßnahmen mit unterschiedlichsten Methoden, die individuell abgestimmt werden. Es ist ausdrücklich möglich, auf bewährte Strukturen zurückzugreifen, sofern damit die für alle verbindlich geltenden Zielsetzungen und Qualitätsstandards gemäß Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife, herausgegeben von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, entsprechen.

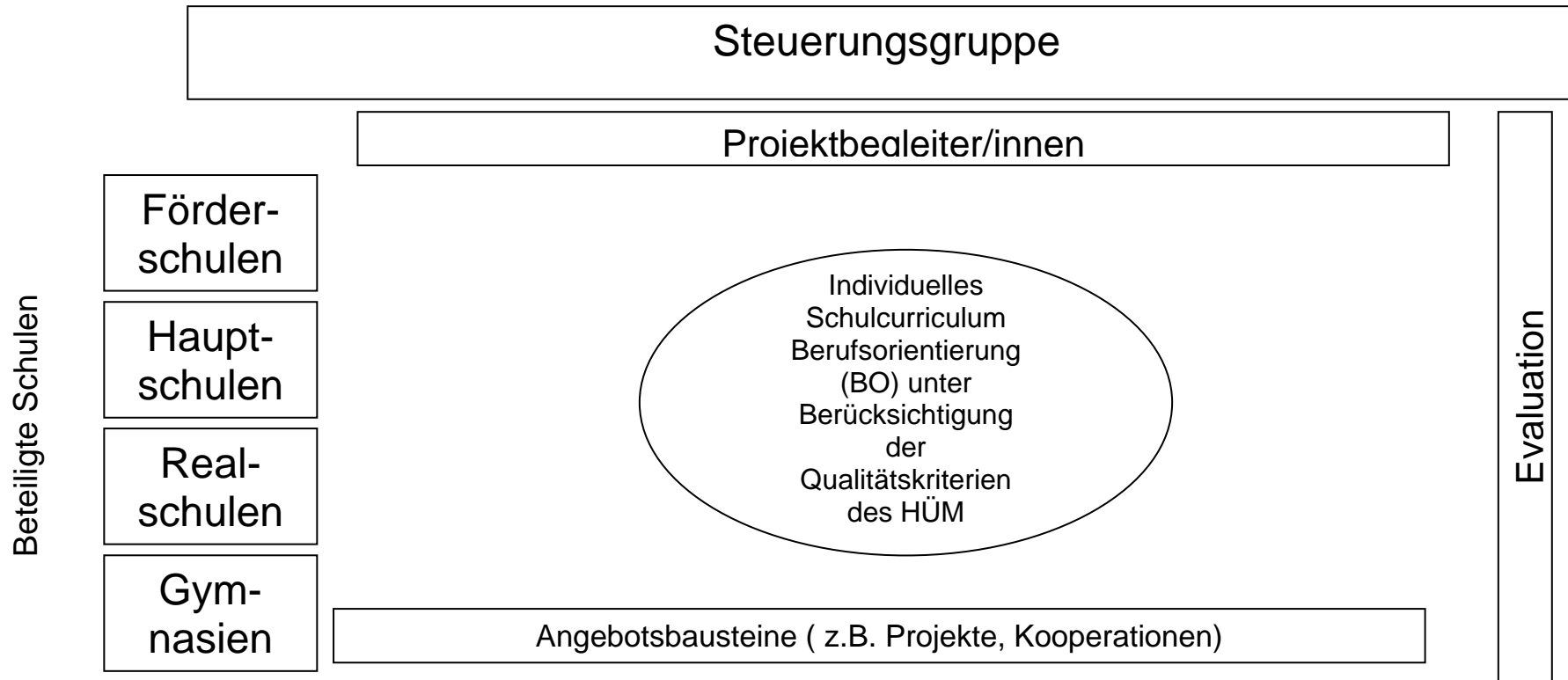
d) Vereinbarungen und Kooperationen

Zur Verdeutlichung einer gemeinsamen Verantwortung werden mit den Bildungsakteuren entsprechende Vereinbarungen über Kooperationen getroffen. Für den Erfolg essentiell ist, dass alle Partner die Win-win-Situation erkennen und über die gesamte Projektlaufzeit eine dauerhafte Motivation entwickeln. Wichtig ist außerdem, dass nicht der Projektcharakter vorherrschend ist, sondern der Blick immer auf eine nachhaltige Implementierungsstrategie gerichtet wird.

e) Evaluation

Eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Projektes wird für unabdingbar erachtet. Es ist wichtig, das Projekt von Beginn an im Sinne einer „Begleitforschung“ laufend zu überprüfen, ggfls. anzupassen und zu bewerten. Dazu ist u. U. in Zusammenarbeit mit externen Partnern ein geeignetes Berichtswesen zu entwickeln.

Übergangsmangement Schule / Beruf in Hannover (HÜM)



BWP:

Einführung und flächendeckende Arbeit mit dem Berufswahlpass

BO Maßnahmen

verschiedener Akteure:

- Agentur für Arbeit
- Landeshauptstadt Hannover
- Regionale Wirtschaftsunternehmen
- Land Niedersachsen
- Kammern
- Verbände / freie Träger
- Überregionale Institutionen

Elternarbeit:

- Elternabende
- Sprechstunden mit außerschulischen Partnern
- Spezielle Angebote für Migranteltern

PROJEKT „ÜBERGANGSMANAGEMENT SCHULE – BERUF IN HANNOVER (HÜM)“

ANLAGE 1

Beispielhafte Aufführung der Angebotsbausteine

A) BERUFSWAHLPASS (BWP)

Verbindlich für alle ist die Nutzung des Berufswahlpasses (BWP) in der von der Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass entwickelten Form.

Aufgrund der herausragenden Bedeutung des Berufsorientierungs- und Berufswahlprozesses in der Bildung ist der Berufswahlpass als strukturierendes und begleitendes Instrument entwickelt worden. Die volle Entfaltung der Aufgabe und Wirkung des Berufswahlpasses ist an Voraussetzungen und Einsatzbedingungen geknüpft, die hier in Form von Standards dargestellt werden.

Die vorliegenden Standards zum Berufswahlpass und der Arbeit mit dem Berufswahlpass, versehen mit Begründungen und Hinweisen zur Umsetzung, haben das Ziel, allen Beteiligten Hilfen an die Hand zu geben, die einerseits die Arbeit mit dem Berufswahlpass strukturieren können, andererseits auch eine Grundlage zur Evaluation der Arbeit mit dem Berufswahlpass bieten.

Es wird davon ausgegangen, dass sich alle Beteiligten in der Arbeit mit dem Berufswahlpass an den Standards orientieren und bestrebt sind, mit geeigneten Aktivitäten, diesen Standards näher zu kommen, sie zu erfüllen oder zu sichern.

B) BERUFSORIENTIERUNGSMÄßNAHMEN VERSCHIEDENER AKTEURE

FB Soziales (OE 50) in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und der Region Hannover:

Lange Nacht der Berufe – Die Jugendberufshilfe der Landeshauptstadt Hannover veranstaltet seit 2007 jährlich zusammen mit der Arbeitsagentur Hannover und der Region Hannover die Lange Nacht der Berufe, die jeweils an einem Freitagabend von 17 bis 23 Uhr durchgeführt wird. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschulen, der Berufsschulen und der 11. bis 13. Klassen der Gymnasien, die sich über ihre beruflichen Möglichkeiten informieren, einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz suchen beziehungsweise sich über Alternativen zu einem Studium informieren wollen. An verschiedenen Standorten geben Innungen und Kammern, Bildungsträger sowie eine Vielzahl von Unternehmen aus Stadt und Region einen Überblick über Ausbildungsmöglichkeiten, Berufsbilder und die Erwartungen von Unternehmen an zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel ist es, ein möglichst niedrighschwelliges, ansprechendes und praxisbezogenes Angebot zur Berufsorientierung zu machen.

FB Jugend und Familie (OE 51):

Die schülerbezogene Jugendsozialarbeit stellt entsprechend § 13 SGB VIII kompensatorische Leistungen für schulpflichtige Kinder und Jugendliche zur Verfügung, bietet Unterstützung bei Lern- und Schulschwierigkeiten, stärkt den erfolgreichen Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit. Der Fachbereich Jugend und Familie fördert in diesem Rahmen verschiedene Projekte.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Faches Arbeitslehre arbeitsweltbezogene Projekte wie u. a. die jährliche Berufsinformationsbörse „Ali – Arbeitskreis Lehrstelleninitiative“ mit Jugendlichen entwickelt und durchgeführt. Die Maßnahme hat neben der projektbezogenen Arbeit in Schulen aufsuchenden Charakter und erreicht hierdurch besonders jugendliche Ausländer und Spätaussiedler, die durch Jugendhilfeangebote in stationären Einrichtungen sonst nicht zu erreichen sind.

Zusätzlich werden Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung (Berufsorientierungsmaßnahmen) und erweiterten vertieften Berufsorientierung nach den § 33 und 421q SGB III gefördert:

FB Umwelt und Stadtgrün (OE 67):

W.A.L.K. – Ein bundesweites Modellprojekt für benachteiligte Jugendliche an außerschulischen Lernorten. Das Angebot ist an Förder- und Hauptschüler/innen gerichtet und wird mit Fachleuten aus der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung, der Theaterpädagogik, der Leibniz Universität Hannover und dem Freiwilligenzentrum durchgeführt. In vier Modulen über das Schuljahr verteilt haben parallel vier Klassen die Möglichkeit, an drei außerschulischen Lernorten berufsrelevante Schlüsselkompetenzen, insbesondere für umweltorientierte Berufsfelder, zu erwerben. Begleitet werden die Schülerinnen und Schüler von den Patinnen und Paten des Freiwilligenzentrums, den Leiterinnen der Projektangebote und von den Studentinnen und Studenten der Leibniz Universität.

FB Bibliothek und Schule (OE 42 in Kooperation mit OE 43.2F):

Stadtteilorientierte Netzwerke für Bildung und Qualifizierung – Ziel der Bildungsnetzwerke an den Förder-, Haupt- und Realschulen ist es, in Ergänzung zum formalen schulischen Lernen insbesondere durch non-formale und informelle Lernformen die Qualifikationen der Schülerinnen und Schüler für eine berufliche Ausbildung zu verbessern sowie die Bereitschaft für lebenslanges Lernen zu fördern. Das Programm ermöglicht Förder-, Haupt und Realschulen durch die Bereitstellung von städtischen Mitteln unterrichtsergänzende Angebote zu drei Themenfeldern vorzuhalten: Förderung von Schlüsselkompetenzen (d. h. die Vermittlung von Sozial-, Methoden- und Selbstkompetenzen durch soziale und kulturelle Aktivitäten, damit die eigenständige Handlungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen gestärkt wird), Entwicklung systematischer Strukturen für den Übergang Schule / Arbeitswelt (d. h. Kooperationen mit Betrieben, Berufsschulen, dem Berufsinformationszentrum für Betriebserkundungen, wirtschaftsbezogene Praxistage sowie Maßnahmen zur Interessenanalyse, Kompetenzermittlung und Bewerbungstraining mit den Kindern und Jugendlichen durchzuführen) und Stärkung der Verantwortung der Eltern durch aktive Einbeziehung (d. h. kontinuierlich die notwendigen Strukturen im schulischen Kontext zu entwickeln, die die Eltern als Erziehungsverpflichtete wahrnehmen, sie informell und aktiv in die Netzwerkziele einbinden und entsprechende Qualifikations- und Bildungsangebote auch für sie zu entwickeln).

FB Wirtschaft – Wirtschaftsförderung (OE 23):

Lehrstellenatlas - 23.31 prüft derzeit die Durchführung und Finanzierung eines Projekts „Lehrstellenatlas“. Im Rahmen des Projekts können sich Unternehmen mit ihren Ausbildungsberufen, Anforderungen und Kontaktdaten ausführlich auf je einer Seite präsentieren. Anders als in anderen Broschüren oder Lehrstellenbörsen geht es dabei nicht darum, auf aktuell freie Plätze hinzuweisen, sondern einen Überblick über die Vielzahl der möglichen Ausbildungsberufe und -betriebe zu geben.

Schüler profitieren nicht nur vom fertigen Produkt, sondern vielmehr auch von der Beteiligung am Entstehungsprozess: Durch die Aufgabe, Unternehmen im Stadtteil/-bezirk anzusprechen, von einer Beteiligung am Projekt zu überzeugen, Termine zu vereinbaren und Daten im Unternehmen abzufragen, sammeln sie wichtige Erfahrungen für den Übergang von der Schule in den Beruf: Sie bauen Hemmschwellen ab, üben sich in Telefon- und persönlichen Gesprächen mit Unternehmensvertretern und können erste Kontakte zu potentiellen Ausbildungsbetrieben aufnehmen. Unterstützt werden sie dabei durch Telefon- und Gesprächstrainings der Projektleitung.

Verschiedene Maßnahmen Dritter (Kammern, etc.):

IHK / HWK:

IHK-Mentorenprogramm – Mit dem Projekt "IHK-Mentoren" soll die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft gestärkt werden. Schüler/-innen sollen u. a. über die Vielzahl von Ausbildungsberufen informiert und Wege in die Ausbildung im Dualen System aufgezeigt werden. Ziel ist, die Berufsorientierung der Jugendlichen aller Schulformen zu verbessern. Über die Internetplattform www.ihk-mentoren.de wird z. B. über Leistungen ehrenamtlicher IHK-Mentoren und Unternehmen informiert, die Praktikumsplätze zur Verfügung stellen. Zielgruppe sind Schüler/innen aller Schulformen der Jahrgänge 8 bis 13.

Berufsfindung durch Beratung und Praxis – Im Kern soll versucht werden, die Berufsorientierung von Schüler/innen zu optimieren; schon während der Schulzeit strukturiert und im Rahmen individueller Beratungsphasen die Übergangschancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern in ein Ausbildungsverhältnis zu verbessern; die Jugendlichen systematisch zu eigeninitiativem Handeln zu führen; Schüler/innen direkt in eine ihren Stärken und Interessen entsprechende Ausbildung zu bringen; einen Beitrag zur Stabilisierung und ggf. Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots zu leisten; die Vermittlung in die für den Versuch bereitgestellten Ausbildungsplätze zu ermöglichen; zur Verringerung der Anzahl von Ausbildungsabbrüchen beizutragen.

Mit drei aufeinander aufbauenden Schritten soll Hauptschüler/innen mit aktiver Unterstützung der Schule, der Agentur für Arbeit und der örtlichen Wirtschaft eine zusätzliche Ausbildungsperspektive erschlossen, die Berufswahl erleichtert und Möglichkeiten für eigenes Handeln aufgezeigt werden. Im ersten Schritt werden in der Schule im Rahmen einer Unterrichtsreihe die Stärken und Interessen der Jugendlichen herausgearbeitet. Im zweiten Schritt suchen die Jugendlichen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit nach Berufsbildern, die den individuellen Talenten und Bedürfnissen entsprechen. Im dritten Schritt führen die Jugendlichen in einem Ausbildungsbetrieb ein Beratungsgespräch mit einem Personalverantwortlichen und erhalten eine generelle Rückmeldung aus Arbeitgebersicht. Die Ergebnisse aller drei Schritte werden jeweils dokumentiert und den Jugendlichen in Form eines qualifizierten "Stärken- und Interessen-Profil" für ihren weiteren Berufsfindungs- und Bewerbungsweg zur Verfügung gestellt.

Ausbildungspaten – Mit dem Projekt „Ausbildungspaten“ begleitet das Freiwilligenzentrum Jugendliche auf ihrem Weg von der Schule in den Beruf. Die ehrenamtlichen Paten sprechen mit den jungen Menschen über ihre beruflichen Wünsche und mit ausbildungsbereiten Firmen über deren Anforderungen. Die Paten helfen Kenntnisse über Berufe zu erlangen, Ausbildungsplätze zu recherchieren, Bewerbungen zu schreiben und einen Schulabschluss zu schaffen. Das Projekt „Ausbildungspaten“ wird zurzeit mit jährlich 50 T€ von der Ruth- und Klaus-Bahlsen-Stiftung sowie 40 T€ von der LHH (50.40) gefördert.

Daneben gibt es die folgenden überwiegend vom Land Niedersachsen finanzierten Angebote, die ebenfalls an den Schulen stattfinden:

Abschlussquote erhöhen, Berufsfähigkeit steigern (AQB) – bundesweit bisher einmaliges Modellprojekt, das an dieser Stelle (Ü S-B) anknüpft und exakt diesen Forderungen Rechnung trägt. Allerdings handelt es um ein Modellprojekt, das z. Zt. nur an wenigen Schulen in Niedersachsen (eine Schule in der Stadt und eine in der Region Hannover) angesiedelt ist. Ziel ist es, Jugendlichen zu helfen, ihre bislang u. U. unentdeckten Begabungen zu erkennen und so weiterzuentwickeln, dass sie eine gute berufliche Perspektive gewinnen. Die Schüler/innen erproben, ob und welche Fähigkeiten sie für die Arbeitswelt mitbringen und wo ihre Eignungen liegen. Außerhalb der Schule erleben die Jugendlichen, dass man Fertigkeiten erlernen, Fähigkeiten entwickeln und Fachwissen im Beruf erwerben kann. Die Schüler/innen der beteiligten Hauptschulen und Förderschulen erhalten dabei eine individuelle Förderung. Auf der Grundlage ihrer jeweiligen Kompetenzen und Neigungen helfen externe Bildungsbegleiter, sozialpädagogische Fachkräfte und zusätzliche Fachlehrkräfte ihnen, besondere Qualifizierungsbausteine und Berufspraktika zu absolvieren. Damit werden zwei wichtige Zielsetzungen verbunden:

- eine größere Anzahl von Jugendlichen soll die allgemeinbildende Schule erfolgreich abschließen und
- einer größeren Anzahl von Jugendlichen soll der direkte Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine duale berufliche Ausbildung gelingen.

Zurzeit profitiert nur eine hannoversche Schule (Ada-Lessing-Schule) direkt von diesem Projekt. Es ist anzumerken, dass grundsätzlich auch die anderen Hauptschulen und die Förderschulen Schüler/innen in dieses Projekt entsenden können. Die Zahl der Teilnehmer/innen ist jedoch begrenzt, so dass nicht alle Nachfragen / Bedarfe gedeckt werden können. Das Projekt läuft zum Sommer 2010 aus. Eine Entscheidung über die Fortführung des Projekts wurde bisher noch nicht getroffen.

Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung (VBOP) – Das Modellprojekt wird vom Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) in Zusammenarbeit mit den beteiligten Schulen durchgeführt. In Hannover betrifft die Förderung die Ada-Lessing-Hauptschule. Zu den Inhalten gehören u. a. Kompetenzfeststellung, individuelle Förderpläne für Schülerinnen und Schüler, Praktikumsbegleitung, Betriebserkundung, Bewerbungstraining, Berufswahlpass, Entwicklung von Ausbildungsreife und Vermittlung in Ausbildung sowie Elternarbeit. Das Projekt wird vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen evaluiert. Das Projekt endet im Juli 2010 und wird nicht weiter umgesetzt.

Profilierung der Hauptschule – Das niedersächsische Kultusministerium hat mit Erlass vom 28.11.2003 für Hauptschulen und Hauptschulzweige Zuwendungen zur intensiven pädagogischen Unterstützung am Übergang Schule Beruf zu erhalten. Die Unterstützung erfolgt in Form von finanziellen Zuwendungen, für die dann unter Beteiligung eines Trägers Sozialarbeiter/innen bereitgestellt werden. Die Schulen beantragen unter Vorlage eines Konzepts eine Fördersumme, die dann durch Bewilligungsbescheid vom MK genehmigt und unter Beteiligung des Schulträgers ausgezahlt wird.

C) ELTERN

Elternabende / Themenabende für Eltern

Ziel der Themenabende ist die Stärkung der Verantwortung der Eltern durch aktive Einbeziehung. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Themenabende soll gezielt die Einbindung der Eltern in das Schulleben und die Auseinandersetzung mit eigenem Erziehungsverhalten gefördert und somit die Eigenverantwortung gesteigert werden. Gleichzeitig haben Eltern hier die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen. Zielgruppe sind neu zusammengesetzte fünfte Klassen. Inhaltlich orientieren sich die Themenabende an der jeweiligen Situation im Klassenverband, u. a. werden Kommunikation und Konfliktlösung als Themenschwerpunkte behandelt.

Elterncoaching

Die Sensibilisierung, Information und Weiterbildung im Bildungsschwerpunkt "Berufliche Integration von Migranten" ist das erklärte Ziel dieses Bausteins. Die Aktivitäten sollen einen Beitrag zur beruflichen Orientierung, Integration und Gleichstellung von Migranten/innen im Arbeitsleben leisten. Grundidee des Bausteins „Elterncoaching“ ist es, vor dem Hintergrund verengter Bildungsperspektiven von Migranten/innen das Bewusstsein der Werthaltigkeit und Kenntnisse über schulische und berufliche Qualifikationen durch Elternbildung zu fördern. Die Unterstützung der Eltern spielt im Berufswahlprozess eine zentrale Rolle. Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund können hier in vielen Fällen nicht auf die Unterstützung der Eltern zurückgreifen. Den Eltern fehlt häufig der Überblick über Bildungs- und Ausbildungsangebote. Darüber hinaus fehlen den Eltern häufig die Netzwerke, auf die sie zur Unterstützung der beruflichen Integration ihrer Kinder zurückgreifen können. Mädchen sind durch diese Situation besonders benachteiligt, da traditionelle Rollenklischees ihre schulischen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten eher behindern als fördern. Der Baustein soll Schlüsselpersonen aus den verschiedenen Ethnien als Multiplikatoren gewinnen, die geschult werden und Seminare für Eltern und andere Interessierte auch in der jeweiligen Landessprache anbieten (Erweiterung des arbeitsmarktbezogenen Wissens).